



**Geschäftsführung  
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 23.05.2011

**Niederschrift**

über die **17. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 19.05.2011, 15:17 Uhr bis 18:50 Uhr, Räumlichkeiten der Fa. Beos (Carlswerk), Schanzenstraße 6-20, 51063 Köln

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	ab 17:30 Uhr
Frau Polina Frebel	SPD	Vertretung für Frau Dr. Bürgermeister, bis 17:30 Uhr
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Alfred Schultz	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Birgit Gordes	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Gereon Breuer	pro Köln	

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD
Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP
Herr Wolfgang Hornemann	pro Köln
Herr Lothar Müller	DIE LINKE
Herr Ingo Schneemann	auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Werner Baatz	Seniorenvertretung	
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln	ab 15:40 Uhr

### **Verwaltung**

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Frau Sandra Kißmann	Dezernat Planen und Bauen
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Herr Werner Stüttem	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Caroline Wagner	Dezernat Planen und Bauen
Herr Andreas von Wolff	Stadtplanungsamt

### **Schriftführerin**

Frau Marianne Michels	Dezernat Planen und Bauen
-----------------------	---------------------------

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Günter Leitner	auf Vorschlag der CDU Fraktion
Herr Christian Möbius	CDU

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Bahri Gülsen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Beh.pol.
Frau Minu Nikpay	KÖBES

Vor Beginn der Sitzung erfolgt ein kurzer Rundgang durch das Betriebsgelände der Fa. Beos.

Um 15.17 Uhr eröffnet Vorsitzender Klipper die 17. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüßt die Anwesenden. Seinen besonderen Dank richtet er an die Vertreter der Fa. Beos, die es ermöglicht haben, dass der Ausschuss heute in diesen Räumlichkeiten tagen darf.

Vorsitzender Klipper verliest die Änderung zur Tagesordnung, betreffend TOP 5.1, und fragt, ob seitens des Stadtentwicklungsausschusses weitere Änderungswünsche vorliegen.

Auf Nachfrage von RM Moritz erläutert Beigeordneter Streitberger die Hintergründe, warum die Vorlage zu TOP 5.1, welche irrtümlich auf die Tagesordnung genommen wurde, von der Verwaltung zurückgezogen wird.

SE Weisenstein zieht den gemeinsamen Antrag der Fraktion die Linke.Köln, des Herrn Zimmermann (Deine Freunde) sowie des Herrn Hoffmann (Freie Wähler Köln) zu TOP 3.2 zurück.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, den Antrag zu TOP 3.1 und die Beschlussvorlage der Verwaltung zu TOP 10.1 wegen des bestehenden Sachzusammenhangs gemeinsam zu beraten.

RM Moritz spricht dagegen, weil sich die Beschlussvorlage bei Verabschiedung des Antrages erledigt habe.

Vorsitzender Klipper entgegnet, sein Vorschlag beinhalte das gleiche Ergebnis.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Somit ergibt sich nachfolgende

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Baulücken und minder genutzte Grundstücke auf der Venloer Straße 350 a und b  
Nachfrage des SE Weisenstein zur Sitzung am 27.01.2011, TOP 17.1  
1278/2011
- 1.2 Erhebung von Ausgleichsbeträgen nach § 154 Baugesetzbuch (BauGB) im ehemaligen Sanierungsgebiet Ehrenfeld-Ost, Abschnitt I und Abschnitt II  
0917/2011  
Nachfrage des Vorsitzenden Klipper zur Sitzung am 31.03.2011, TOP 14.4  
1692/2011

#### 2 Schriftliche Anfragen

#### 3 Anträge

- 3.1 Planungsgutachten im Rahmen der Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Leyendeckerstraße/Christianstraße 2980/2010  
Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.04.2011  
AN/0827/2011
- 3.2 Erhalt von Gebäuden und Strukturen auf Liegenschaften, der Sparkasse und deren Töchter  
Antrag der Fraktion Die Linke.Köln, des Herrn Zimmermann (Deine Freunde) sowie des Herrn Hoffmann (Freie Wähler Köln) vom 30.03.2011  
AN/ 0763/2011

*Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.*

- 3.3 Fortschreibung des Nutzungskonzeptes Kalk Süd  
Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2011  
AN/0939/2011

## **4 Stadtplanung - Projekte**

### 4.1 Regionale 2010

- 4.1.1 Entwicklung des rechtsrheinischen Kernraums;  
hier: Ausstellung der Workshopergebnisse vom 05.05. bis 04.07.2011 sowie  
Projektpublikationen (Ausstellungskatalog, Architekturführer)  
1775/2011

### 4.2 Umsetzung Masterplan

- 4.2.1 Umgestaltung des Ebertplatzes  
hier: Planungsbeschluss für die Anpassung der vorhandenen Ingenieurbau-  
werke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes  
auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans  
4602/2010
- 4.2.2 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und  
Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt  
4845/2010

- 4.3 Bericht Stadtraummanagement 2010  
0088/2011

## **5 Allgemeine Vorlagen**

- 5.1 Standards für die Planungskultur in Köln  
1518/2007/2

*Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.*

- 5.2 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 GO, § 19 Absatz 1 HS  
Beschluss über die zukünftige Nutzung der Platzfläche östlich des Höhenber-  
ger Rings in Köln-Höhenberg  
Arbeitstitel: Höhenberger Ring in Köln-Höhenberg  
0269/2011
- 5.3 Neugestaltung der Berliner Straße in Köln-Mülheim zur Geschäftsstraße im  
Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Mülheim 2020  
0809/2011
- 5.4 Beschluss über die frühzeitige intensive Bürgerbeteiligung (moderierter Work-  
shop) zur zukünftigen Entwicklung der Nutzungen auf den Grundstücksflä-  
chen des ehemaligen Historischen Archivs entlang der Severinstraße in Köln-  
Altstadt/Süd  
1127/2011

- 5.5 Programm Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd  
Beauftragung der Weiterplanung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011  
1267/2011
- 5.6 Mülheim 2020; Grünzug Charlier  
Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung im Haushaltsjahr 2011 und Planungsauftrag  
1545/2011
- 5.7 Plangenehmigungsverfahren gem. § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i.V.m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau Werkstatt und Behandlungsanlage für die S-Bahn Köln" in Köln-Bilderstöckchen  
1550/2011
- 6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen**
- 6.1 Bürgerstr. 2/Alter Markt 31-33 ("Rotes Haus"), Köln-Altstadt-Nord  
0277/2011
- 6.2 Entwicklungsplan Äußerer Kölner Grüngürtel  
1035/2011
- 6.3 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-Buchforst  
1364/2011
- 7 Änderungen des Flächennutzungsplanes**
- 7.1 179. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes  
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Nippes  
hier: Offenlagebeschluss  
1532/2011
- 8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**
- 9.1 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord  
Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes  
0363/2011

- 9.2 Städtebauliches Planungskonzept Arbeitstitel: "Schanzenstraße Nord" in Köln-Mülheim  
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 71489/04  
0883/2011
- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 63466/02  
Arbeitstitel: Leyendeckerstraße/Christianstraße in Köln-Ehrenfeld  
2980/2010
- 10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung  
Arbeitstitel: Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück  
5459/2010
- 10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)  
Arbeitstitel: Christuskirche/Herwarthstraße in Köln-Neustadt/Nord  
0790/2011
- 10.4 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 64457/02  
Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld  
0819/2011
- 10.5 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 7538/04  
Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Urbach" in Köln-Porz-Urbach  
0994/2011
- 10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung  
Arbeitstitel: Neurather Weg in Köln-Mülheim  
1417/2011
- 10.7 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung  
Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven  
1435/2011
- 10.8 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler  
1502/2011

- 10.9 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 66457/07  
Arbeitstitel: Goebenstraße in Köln-Neustadt/Nord  
1503/2011
- 10.10 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven  
1548/2011
- 10.11 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbe-  
zogener Bebauungsplan)  
Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord  
1383/2011
- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 11.1 Aufhebung der Einleitungsbeschlüsse zu den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwürfen  
Arbeitstitel: 1. "Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg;  
2. "Kindertagesstätte Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg  
0995/2011
- 11.2 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 57577/02  
- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -  
Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven  
1363/2011
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 im ergänzenden Verfahren  
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord  
5327/2010
- 13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**
- 14 Aufhebung von Bebauungsplänen**
- 15 Sonstige Satzungen**
- 15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf  
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf, 3. Änderung  
4557/2010

- 15.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchheim  
Arbeitstitel: "Zentrum Buchheim" in Köln-Buchheim  
1313/2011
- 15.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch  
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Pesch, 2. Änderung  
1331/2011
- 15.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rath/Heumar  
Arbeitstitel: Rösrather Straße und Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar  
1552/2011
- 16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen**
- 17 Mitteilungen**
- 17.1 Eingabe für die Optimierung der Zuwegung für Fußgänger zur Philharmonie  
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 01.03.2011, TOP 3.3  
0529/2011
- 17.2 Optimierung und Anpassung des Marktplatzes an der Berliner Straße in Köln-Mülheim im Rahmen des "Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020"  
0904/2011
- 17.3 Bebauung am Breslauer Platz  
Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der DB AG - Erarbeitung von Alternativen  
1155/2011
- 17.4 Berichtigung des Flächennutzungsplanes (FNP) als Sammelanpassung für alle FNP-abweichenden Bebauungspläne (seit 01.01.2007 gemäß § 13 a BauGB)  
1335/2011
- 17.5 Baugebiet Kriebelspfad in Köln-Worringen  
hier: Klimaschutzsiedlung  
1360/2011
- 17.6 Städtebauliches Planungskonzept "Airport-Business-Park, 2. Änderung" in Köln-Porz-Gremberghoven  
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und weiteres Vorgehen  
1472/2011

- 17.7 Umgestaltung des Breslauer Platzes  
hier: Beschluss aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 04.04.2011,  
TOP 7.9  
1553/2011
- 17.8 Eisenbahn-Knoten Köln, Ausbau südlich Gummersbacher Straße im Bereich  
Deutz, Kalk, Humboldt/Gremberg, Vingst und Ostheim  
1635/2011
- 17.9 Aktueller Stand des Ökokontos "Steinneuer Hof" in Köln-Meschenich  
1670/2011
- 18 Mündliche Anfragen**
- 19 Gleichstellungsrelevante Themen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 21 Schriftliche Anfragen**
- 22 Anträge**
- 23 Stadtplanung - Projekte**
  - 23.1 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld; hier: Vergabe des Moderationsauftrags für  
die Beteiligung der Öffentlichkeit  
1282/2011
- 24 Gestaltungsbeirat**
  - 24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 14.03.2011  
1604/2011
- 25 Sonstige Vorlagen**
- 26 Mitteilungen**
- 27 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 1.1 Baulücken und minder genutzte Grundstücke auf der Venloer Straße 350 a und b  
Nachfrage des SE Weisenstein zur Sitzung am 27.01.2011, TOP 17.1  
1278/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

- 1.2 Erhebung von Ausgleichsbeträgen nach § 154 Baugesetzbuch (BauGB) im ehemaligen Sanierungsgebiet Ehrenfeld-Ost, Abschnitt I und Abschnitt II  
0917/2011  
Nachfrage des Vorsitzenden Klipper zur Sitzung am 31.03.2011, TOP 14.4  
1692/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

### **2 Schriftliche Anfragen**

*Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.*

### **3 Anträge**

- 3.1 Planungsgutachten im Rahmen der Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Leyendeckerstraße/Christianstraße 2980/2010  
Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
14.04.2011  
AN/0827/2011**

RM Moritz begründet den gemeinsam eingebrachten Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

RM Sterck zeigt sich enttäuscht über den eingebrachten Antrag. Schließlich habe sich der Stadtentwicklungsausschuss in vielen vorherigen Beratungen darauf verständigt, dass die Backsteingebäude erhalten werden sollen. Er findet es schade, nunmehr über den Abriss der Gebäude nachzudenken. Besser möge die Verwaltung veranlasst werden, ihre Planungen zu optimieren.

RM Zimmermann verweist auf die unterschiedlichen Interessen, auch seitens der Verwaltung. So seien im Liegenschaftsausschuss andere Aspekte als im hiesigen Ausschuss diskutiert worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Faktenlage noch nicht ausreichend sei; daher dieser Antrag.

Vorsitzender Klipper ist nach wie vor der Meinung, dass die beiden in Rede stehenden Gebäude schon alleine wegen einer notwendig werdenden Wärmeverkleidung in ihrer jetzigen Optik auf Dauer nicht zu erhalten seien.

RM Moritz erläutert, das Gutachten solle der Legitimation und Transparenz dienen, um zu einer sachgerechten Abwägung der verschiedenen Interessen zu gelangen. Auf Nachfrage des Beigeordneten Streitberger erklärt sie weiter, dass das Ergebnis des Wettbewerbs im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt werden solle, anstatt eine eigene Jury hierzu einzusetzen.

Vorsitzender Klipper stellt den Antrag zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

ein Planungsgutachten mit 3 Büros für das städtische Gelände Leyendeckerstraße/Christianstraße durchzuführen, in dem

- eine sinnvolle Parzellierung,
- die städtebauliche Entwicklung des Geländes mit oder ohne Erhalt von einem oder beiden Backsteinhäuser sowie
- die finanziellen Auswirkungen bei Verkauf des Grundstücks mit oder ohne Erhalt der Backsteinhäuser

untersucht werden soll.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und bei Enthaltung der FDP-Fraktion.**

### **3.2 Erhalt von Gebäuden und Strukturen auf Liegenschaften, der Sparkasse und deren Töchter Antrag der Fraktion Die Linke.Köln, des Herrn Zimmermann (Deine Freunde) sowie des Herrn Hoffmann (Freie Wähler Köln) vom 30.03.2011 AN/ 0763/2011**

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.

### **3.3 Fortschreibung des Nutzungskonzeptes Kalk Süd Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2011 AN/0939/2011**

RM Zimmermann begründet den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Vorsitzender Klipper stimmt dem Antrag zu. Von der Verwaltung erwarte er eine konkrete Planung wie die einzelnen Maßnahmen dann auch umgesetzt werden könnten.

SE Weisenstein begrüßt den Antrag ebenfalls. Er gehe davon aus, dass das autonome Zentrum Kalk in die Prüfung einbezogen werde. Ferner regt er an, in Bezug auf die Schulerweiterung in Richtung einer Bildungslandschaft nachzudenken.

Vorsitzender Klipper stellt den Antrag zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, für den nördlich der Dillenburger Straße zwischen der Neuerburger- und der Wiersbergstraße/Christian-Sünner-Straße das Nutzungskonzept Kalk-Süd fortzuschreiben und im Hinblick auf die aktuellen städtebaulichen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen und Bedarfe zu qualifizieren.

Bei der Fortschreibung des Konzeptes sind folgende Zielvorgaben zu berücksichtigen:

- Anordnung der wünschenswerten Nutzungen und räumliche Zuweisung der Nutzungen,
- Arrondierung der im nördlichen Bereich vorhandenen Wohnnutzung,
- Sicherung der vorhandenen gewerblichen bzw. industriellen Nutzungen,
- Sicherung und Fortentwicklung der öffentlichen Grün- und Freiflächen mit Spielmöglichkeiten,
- Berücksichtigung der prägenden historischen Baustruktur im Zusammenhang mit der Schaffung einer identitätsstiftenden Struktur,
- Erweiterung der Kaiserin-Theophanu-Schule wegen des steigenden Bedarfs an Gymnasialplätzen inkl. Sicherung der Erschließung,
- Schaffung von geeigneten Räumen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil (inkl. Vereine und örtliche Initiativen, Abenteuerhalle u.a.).

Die Fortschreibung des Konzeptes ist eng mit den derzeit laufenden städtischen Planungen und Projekten zu verzahnen (z.B. Erweiterung des Gymnasiums Kaiserin-Theophanu-Schule). Die erforderliche Verzahnung der verschiedenen Nutzungsarten (u.a. Industrie, Gewerbe, Wohnen und Schulnutzungen) sind sorgfältig zu prüfen und abzuwägen um nachträgliche Konfliktsituationen nach Möglichkeit auszuschließen.

Die Verwaltung wird gebeten, unterschiedliche Varianten auszuarbeiten und diese dem Rat mit einem Entscheidungsvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen. In diesem Zusammenhang kommt als Alternative zur Nutzung von Bestandsgebäuden in Betracht, dass Teile der Schule und der Grünanlagen von Initiativen und Vereinen genutzt werden können (z.B. Schulsportanlage mit Halle und Außenanlagen). Auch sollte das Konzept Aussagen enthalten, in welcher Weise die Bürgerinnen und Bürger an diesen Planungen beteiligt werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

## **4 Stadtplanung - Projekte**

### **4.1 Regionale 2010**

#### **4.1.1 Entwicklung des rechtsrheinischen Kernraums; hier: Ausstellung der Workshopergebnisse vom 05.05. bis 04.07.2011 sowie Projektpublikationen (Ausstellungskatalog, Architekturführer) 1775/2011**

Vorsitzender Klipper richtet seinen ausdrücklichen Dank an die Verwaltung für die vorgelegten Dokumentationen.

Auf Bitte des Herrn Sterck berichtet Beigeordneter Streitberger über die aktuellen Sachstände zu den Projekten Rheinboulevard, Ottoplatz, Butzweiler Hof sowie Wohnen am Strom.

SE Weisenstein fragt in Bezug auf den Rheinboulevard nach, ob die Verwaltung zu der angekündigten Kostensteigerung eine Vorlage einbringen werde. Ferner möchte er wissen, ob das Projekt nunmehr generell in Frage gestellt werde und ob durch die erfolgte Bautätigkeit bereits Fakten geschaffen worden seien, die nicht mehr umkehrbar seien.

Beigeordneter Streitberger antwortet, die Verwaltung werde voraussichtlich zur nächsten Sitzung eine diesbezügliche Beschlussvorlage einbringen. Auch werde die Verwaltung Alternativen erarbeiten und vorlegen, inwieweit die Planung an die Gegebenheiten angepasst werden müsse. Beispielsweise sei überlegt worden, die Länge der Treppe zu verkürzen. Durch die Bautätigkeiten zum Hochwasserschutz und die damit verbundenen archäologischen Funde seien Fakten geschaffen worden, welche eine Neugestaltung des Ufers erfordern.

### **4.2 Umsetzung Masterplan**

#### **4.2.1 Umgestaltung des Ebertplatzes hier: Planungsbeschluss für die Anpassung der vorhandenen Ingenieurbauwerke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans 4602/2010**

RM Moritz geht zu Beginn ihrer Ausführungen auf die Zielsetzung des Masterplans ein. Aus städtebaulicher Sicht plädiere sie eindeutig für die Variante drei. Wichtig sei ihr, dass die Form des Platzes durch eine Baumkante deutlich definiert werde. In Bezug auf den möglichen Bau einer Quartiersgarage bedeute dies jedoch, dass diese Kante durch die notwendigen Rampenbauwerke unterbrochen- und die Qualität der Umsetzung des Masterplanes erheblich beeinträchtigt würde. Auch bestehe ihres Erachtens kein Bedarf an einer solchen Garage. Der Bestand der Fahrzeuge in der nördlichen Innenstadt sei laut einer Untersuchung aus dem Jahr 2002 konstant und man könne davon ausgehen, dass diese Zahlen auch aktuell noch Gültigkeit besitzen. Deshalb und aus Kostengründen bezweifle sie einen entsprechenden Bedarf und somit die Wirtschaftlichkeit einer solchen Quartiersgarage. Ähnliche Erfahrungen seien schließlich schon in anderen Stadtteilen gemacht worden. Zudem sei ein zusätzliches

Angebot an Parkraum verkehrspolitisch kontraproduktiv und kein gutes Signal. Sie könnte dem nur dann zustimmen, wenn im Gegenzug alle oberirdischen Parkplätze entfallen würden, so dass eine Aufwertung des öffentlichen Straßenraumes ermöglicht werde. Aus vorgenannten Gründen und damit die Umsetzung des Projekts nicht durch langwierige Untersuchungen verzögert werde, spreche ihre Fraktion sich gegen die Prüfung einer Quartiersgarage an dieser Stelle aus. Ferner erachte sie die Zuwegung über den Mittelstreifen Theodor-Heuss-Ring städtebaulich unattraktiv, weil dadurch die Verkehrsführung unwiderruflich festgeschrieben werde.

RM Sterck widerspricht deutlich der Einschätzung seiner Vorrednerin, in dem Quartier herrsche kein Parkdruck. Dieser sei schon jetzt gegeben und werde sogar noch steigen, weil durch die Umgestaltungsmaßnahmen ohnehin schon Parkplätze entfallen würden. Dann sei es doch unbestreitbar besser, diese unterirdisch einzurichten, zumal es schon tiefer gelegene Räume gebe die dann nicht mehr verfüllt werden müssten. In Bezug auf die vorgebrachte Kritik zur Unterführung der Riehler Straße zum Theodor-Heuss-Ring gebe er Frau Moritz recht, allerdings erachte er eine Problemlösung als schwierig. Für Fußgänger und Radfahrer sei diese Wegeführung überaus schnell und praktikabel. Dennoch gebe es auch hier Verbesserungsmöglichkeiten für eine Aufwertung und diese sollten ergebnisoffen diskutiert werden. Abschließend plädiert er für eine Beschlussfassung analog des Verkehrsausschusses.

RM Noack erinnert daran, dass es sich um einen Planungsbeschluss handle und er könne nur empfehlen, der Verwaltungsvorlage uneingeschränkt zuzustimmen. Fragen zum ruhenden Verkehr sollten darauf aufbauend geklärt werden. Sofern tatsächlich der Bau einer Quartiersgarage gefordert werde, müsse dies unter Einbeziehung von Investoren und unter Kostenbeteiligung der Anwohner geschehen. Eine Garage unter dem Ebertplatz halte er u.a. aufgrund der Komplexibilität der dort verlaufenden Rohrleitungen für kaum realisierbar.

Vorsitzender Klipper ist der Meinung, bei einer solch wichtigen Umgestaltung wie die des Ebertplatzes sollten alle Planungsinstrumentarien genutzt werden. Dazu zähle auch die Untersuchung einer möglichen Quartiersgarage. Zwar unterstütze auch er die Zielsetzungen des Masterplanes, jedoch sollten dessen Maßgaben nicht bedingungslos übernommen- sondern im konkreten Fall jeweils auf deren Zweckmäßigkeit hinterfragt werden.

RM Tull entgegnet, eine Quartiersgarage würde selbst bei Überwindung aller technischen Probleme so teuer werden, dass die Anwohner nicht bereit sein würden, diesen Preis zu zahlen und folglich auch kein Investor hierfür gefunden werde. Insofern halte sie diese Prüfung für überflüssig.

RM Sterck macht im Hinblick auf die Skepsis seiner Vorredner deutlich, dass die Untersuchung u.a. das Ziel habe die Wirtschaftlichkeit einer Quartiersgarage zu prüfen. Hiergegen möge man sich nicht im Vorhinein verschließen. Im Übrigen sei er verwundert über die Haltung der SPD-Fraktion, weil diese sich im Verkehrsausschuss für eine solche Untersuchung ausgesprochen habe. Auch erinnere er daran, dass der Ebertplatz in großen Teilbereichen bereits 5 bis 6 m tiefergelegt sei und dort selbstverständlich keine Rohrleitungen verlaufen. In dem jetzigen unterirdischen Fußgängerbereich könnten 40 Parkplätze untergebracht werden. Bei einer Umplanung sogar mindestens 80.

RM Zimmermann ist der Ansicht, der Verkehrsausschuss sei das zuständige Gremium, verkehrliche Aspekte zu beraten. Hier hingegen müsse eine Entscheidung unter

stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten getroffen werden. Demnach sei der Bau einer Tiefgarage schon alleine wegen der Zufahrten abzulehnen. Der Verkehrsausschuss möge prüfen –falls notwendig-, ob ein alternativer Standort im Quartier gefunden werden könne. Beide Ausschüsse beleuchten unterschiedliche Blickwinkel und insofern sei es nicht verwunderlich, dass seine Fraktion zu anderen Ergebnissen gelange.

Vorsitzender Klipper zeigt sein Unverständnis über die Einlassungen seines Vorredners. Üblicherweise hätten die Fraktionen eine abgestimmte Meinungsbildung in den jeweiligen Ausschüssen.

RM Tull erläutert, der Verkehrsausschuss habe keinen Beschluss gefasst, sondern die Vorlage lediglich verwiesen.

Vorsitzender Klipper stellt die Beschlussfassung analog der Formulierung im Verkehrsausschuss zur Abstimmung.

RM Moritz wiederholt die Aussage von Frau Tull, dass der Verkehrsausschuss lediglich einen Verweisungsbeschluss gefasst habe und der Stadtentwicklungsausschuss eine Empfehlung für diesen Ausschuss aussprechen sollte.

RM Sterck meint, es gebe nur zwei Möglichkeiten; entweder die Vorlage werde ohne Votum in den Rat gegeben oder aber es werde über den Änderungsantrag der FDP sowie die Verwaltungsvorlage abgestimmt. Er stelle nunmehr den Antrag, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Vorsitzender Klipper stellt den Antrag zur Abstimmung:

### **1. Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion.**

RM Sterck beantragt eine Abstimmung analog seines Änderungsantrages im Verkehrsausschuss.

Trotz formaler Bedenken kommt Vorsitzender Klipper diesem Antrag nach und stellt auch diesen zur Abstimmung:

### **2. Beschluss (analog des FDP-Änderungsantrages im Verkehrsausschuss) :**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung für die Anpassung der vorhandenen an die Platzfläche angrenzenden Ingenieurbauwerke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans Innenstadt Köln mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von rd. 190.000,00 EURO.

Zur Sicherstellung der Finanzierung in Höhe von insgesamt 190.000 Euro beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2011 eine außerplanmäßige Auszahlung von 124.500

Euro im Teilfinanzplan "1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV", Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan "0901 - Stadtplanung", Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen - bei Finanzstelle 6100-0901-0-1000 Städtebaul. Masterplan. Für das Haushaltsjahr 2012 erfolgt eine Umveranschlagung der in der Finanzplanung 2012 bei gleicher Finanzstelle vorgesehenen Mittel in Höhe von 65.500 € in den Teilfinanzplan 1202.

**Der mögliche Bau einer Tiefgarage unterhalb des Ebertplatzes wird im Rahmen der weiteren Planung tiefer untersucht. Dabei werden den drei bereits untersuchten Varianten zwei hinzugefügt (siehe beiliegende Skizze):**

- eine kleine Tiefgarage im westlichen Teil des Platzes weitgehend in den Abmessungen der bisherigen Fußgängerunterführung und
- eine größere Tiefgarage im westlichen Teil des Platzes und nördlich des Hauptsammlers unter dem Platz.

**Dem Ausschuss sind vor diesem Hintergrund Alternativen für Zu- und Ausfahrten, Zugänge, Kapazitäten und Kosten darzustellen.**

**Für die Mehrkosten dieser Untersuchung im Rahmen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Planung sind entsprechende Deckungen sicherzustellen.“**

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion.**

Letztlich stellt Vorsitzender Klipper die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

### **3. Beschluss (Verwaltungsvorlage):**

*Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:*

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung für die Anpassung der vorhandenen an die Platzfläche angrenzenden Ingenieurbauwerke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans Innenstadt Köln mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von rd. 190.000,00 EURO.

Zur Sicherstellung der Finanzierung in Höhe von insgesamt 190.000 Euro beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2011 eine außerplanmäßige Auszahlung von 124.500 Euro im Teilfinanzplan "1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV", Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan "0901 - Stadtplanung", Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen - bei Finanzstelle 6100-0901-0-1000 Städtebaul. Masterplan. Für das Haushaltsjahr 2012 erfolgt eine Umveranschlagung der in der Finanzplanung 2012 bei gleicher Finanzstelle vorgesehenen Mittel in Höhe von 65.500 € in den Teilfinanzplan 1202.

Die Planung einer Tiefgarage unterhalb des Ebertplatzes wird aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiterverfolgt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion.**

Vorsitzender Klipper bittet die Verwaltung um schriftliche Erläuterung, ob die erfolgten Abstimmungen rechtskonform mit der Geschäftsordnung erfolgt sind.

**4.2.2 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt 4845/2010**

Vorsitzender Klipper beantragt eine Einzelabstimmung analog des erfolgten Verfahrens im Verkehrsausschuss.

SE Beste spricht sich aus städtebaulicher Sicht dafür aus, sowohl auf dem mittleren Grünstreifen als auch bei den neu zu schaffenden Aufenthaltsbereichen im Osten, statt der geplanten großkronigen Bäume kleinere zu pflanzen. Der Offenbachplatz sei ein Ensemble aus Baudenkmalen und die Blickbeziehungen dorthin sollten erhalten bleiben. Zudem hätte dies den Vorteil, dass der Grünstreifen nicht verbreitert werden müsste und diese Platzersparnis könne dann den Fußgängerbereichen zugerechnet werden. Damit würde auch dem Ziel Rechnung getragen, die Geschwindigkeit zu reduzieren und die Aufenthaltsqualität in diesem Bereich zu steigern und aufzuwerten. Ferner bittet er die Verwaltung um Prüfvorschläge, wie künftig sichergestellt werden könne, dass die vorhandene Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h auch tatsächlich eingehalten werde. Die Realität stelle sich schließlich anders dar.

Beigeordneter Streitberger erläutert, zunächst handele es sich lediglich um einen Vorentwurf. Klar sei jedoch, dass der Mittelstreifen verbreitert werden müsse, sofern man wolle, dass Bäume sich gedeihlich entwickeln können. Dies sei unter den jetzigen Gegebenheiten nicht der Fall. Auch habe man überlegt, den Mittelstreifen in Gänze zu entfernen und diesen Bereich den Randbereichen zuzuschlagen. Dort seien aber wegen der Leitungstrassen keine Baumpflanzungen möglich, so dass diese Variante keinen Gewinn darstellen würde. Daher verteidige er die vorgelegten Planungen. Er erachte es für wichtig, diese Schneise mit einem Grünstreifen zu belassen bzw. aufzuwerten.

RM Sterck räumt ein, es gebe nicht viel Fußgängerverkehr im Bereich der Nord-Süd-Fahrt. Parallelstraßen seien für diese attraktiver. Insofern halte er die Verbreiterung des Grünstreifens ebenfalls für richtig. Anschließend erläutert er das Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion im Verkehrsausschuss. Ursächlich hierfür sei die Aussage des Beigeordneten Streitberger gewesen, der weitere Ausbau des L-Fritz-Gruber-Platzes werde verzögert, bzw. es komme zu Provisorien und Zwischenzuständen, sofern weitere Konzepte für die westlichen und östlichen Bereiche gefordert würden. Außerdem habe es im Verkehrsausschuss keine befriedigende Auskunft zur Radwegführung gegeben, welche nicht in die Unterführung geleitet werde.

Vorsitzender Klipper betrachtet die gesamte Entwicklung in dem in Rede stehenden Bereich als nicht zufriedenstellend. Auch gebe es keine nachhaltige Geschäftsent-

wicklung. Dennoch glaube er nicht, dass die Akzeptanz und die Belebung des Viertels durch eine Verbreiterung der Bürgersteige erhöht würden. Schon heute gebe es vor dem Offenbachplatz große Flächen, die nicht genutzt würden. Ferner würden die Fußgänger derzeit noch durch den vorhandenen Parkstreifen in gewisser Weise vor dem motorisierten Verkehr geschützt. Er wage stark zu bezweifeln, dass die unmittelbare Angrenzung des Fußgängerweges an die Nord-Süd-Fahrt zu einer Attraktivierung beitrage. Als besonders problematisch erachte er zudem die vorgesehene Verkehrsführung, insbesondere die starke Abgrenzung des Verkehrs aus dem nördlichen Bereich.

SE Dr. Soénius ergänzt, auch die Zufahrten zur Drususgasse und zur Kolumbastraße seien letztendlich nicht geklärt. Er bittet die Verwaltung, hierzu eine Verkehrsführungsplanung zu erstellen.

RM Moritz gibt ihren Vorrednern recht, dass es sich derzeit um eine unbefriedigende Situation handele. Mit der Umgestaltung werde zumindest der Versuch unternommen, die „autobahnähnliche“ Nord-Süd-Fahrt stad- und menschengerechter zu entwickeln. In den benachbarten Straßen, wie beispielsweise in dem Quartier an St. Kolumba sei bereits eine Aufwertung und auch die Ansiedlung von Geschäften feststellbar. Bezüglich der angesprochenen Verkehrsproblematik erachte sie es für richtig, Zufahrten zu bündeln, so dass die Nebenstraßen entlastet werden mit dem Ziel, sie attraktiver zu gestalten. Eine Erreichbarkeit für den motorisierten Verkehr, auch aus nördlicher Richtung, sei in jedem Fall gewährleistet, auch wenn dieser möglicherweise einen Umweg in Kauf nehmen müsse.

Beigeordneter Streitberger bestätigt, dass die Zugänglichkeit des Quartiers teilweise eingeschränkt werde. Zur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses werde er die im Jahre 2007 erarbeitete und beschlossene Verkehrsführung noch einmal vorstellen. Bezüglich der Umgestaltung des L.-Fritz-Gruber-Platzes habe er im Verkehrsausschuss deutlich gemacht, dass hiermit auch der Umbau der Einmündung der Brückenstraße in die Nord-Süd-Fahrt verbunden sei. Dies bedeute, dass die jetzt vorhandene Dreiecksinsel entfernt werde und damit bessere Fußwegebeziehungen geschaffen werden könnten. Aus zeitlichen Gründen gehe er jedoch davon aus, dass vorübergehend ein Provisorium entstehen werde, weil mit dem Abschluss der Arbeiten zur Umgestaltung des L.-Fritz-Gruber-Platzes bereits Ende nächsten Jahres zu rechnen sei und die heute zur Beratung anstehende Vorlage lediglich einen Vorentwurf darstelle, welcher noch planerisch überarbeitet werden müsse und anschließend erst in die Öffentlichkeitsbeteiligung gehe. Sein Ziel sei jedoch, den Zwischenzustand so kurz wie möglich zu halten. Dies stehe jedoch nicht in Zusammenhang mit dem im Verkehrsausschuss beschlossenen erweiterten Planungsauftrag. In Bezug auf die Skepsis, die Umgestaltung trage nicht zu einer Belebung des Einzelhandels bei, so könne er diese zwar nachvollziehen, erinnere aber gleichzeitig an die positive Entwicklung in den angrenzenden Räumen, beispielsweise durch die Ansiedlung von Manufactum. Tatsache sei, dass Nichtstuen zu keiner Verbesserung der Lage beitrage und er begrüße es, nun endlich in das Programm einsteigen zu dürfen, so dass eine behutsame Veränderung des Stadtraumes ermöglicht werde, die seines Erachtens auch zu einer Verbesserung für den Einzelhandel führe.

Vorsitzender Klipper stellt den Beschlusstext analog der Fassung im Verkehrsausschuss abschnittsweise zur Abstimmung:

**1. Beschluss** (*Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verkehrsausschuss*):

Das Konzept zur Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba ist um die Glockengasse und die Brüderstraße zu erweitern.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.**

**2. Beschluss** (*Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verkehrsausschuss*):

Die Öffentlichkeit ist in geeigneter Weise (z.B. Bürgerinformationsveranstaltung, Workshop) zu beteiligen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**3. Beschluss** (*Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verkehrsausschuss*):

Außerdem sind in der Planung Radverkehrsanlagen auf der Fahrbahn mit zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion.**

Danach stellt Vorsitzender Klipper die Verwaltungsvorlage mit den zuvor beschlossenen Ergänzungen zur Abstimmung:

**4. Beschluss** (*Verwaltungsvorlage mit den oben aufgeführten Ergänzungen*):

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Verkehrsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung zur Verbreiterung der Nebenanlagen in der Tunisstraße im Abschnitt von Streitzeugasse bis Breite Straße die Planung gemäß der Machbarkeitsstudie (siehe Anlage 2) zu erstellen und die erforderlichen Mittel im Haushalt 2012 ff anzumelden. Die Ausführungsplanung ist dann zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Das Konzept zur Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba ist um die Glockengasse und die Brüderstraße zu erweitern.**

**Die Öffentlichkeit ist in geeigneter Weise (z.B. Bürgerinformationsveranstaltung, Workshop) zu beteiligen.**

**Außerdem sind in der Planung Radverkehrsanlagen auf der Fahrbahn mit zu berücksichtigen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.**

#### **4.3 Bericht Stadtraummanagement 2010 0088/2011**

Vorsitzender Klipper stellt Einvernehmen im Stadtentwicklungsausschuss fest, dass ein Vortrag der beiden Stadtraummanagerinnen gewünscht wird.

Frau Wagner (Stadtraummanagerin Dezernat Planen und Bauen) bedauert, sich hierauf nicht eingestellt zu haben, da dies in den vorherigen Ausschüssen nicht gewünscht worden sei. Insofern habe sie die entsprechende Powerpoint-Präsentation nicht mitgebracht. Sie bietet an, dass Frau Kißmann und sie den Vortrag zur nächsten Sitzung nachholen.

SE Dr. Soénius bittet, hierbei auch die Thematik der „Vermüllung“, bzw. Stadtgestaltung der Innenstadt, beispielsweise durch die durch Werbung plakatierten Fahrradstände vor den WDR-Arcaden an der Nord-Süd-Fahrt, aufzunehmen. Zudem möchte er mehr über die Arbeitsweise der Stadtraummanagerinnen erfahren; und zwar ob diese durch Ortsbegehungen oder in anderer Weise auf Missstände aufmerksam gemacht werden.

SE Beste regt an, die in der letzten Sitzung des Gestaltungsbeirates angesprochenen Projekte im Umfeld der Via Sacra in den Aufgabenbereich des Stadtraummanagements aufzunehmen. Auch bittet er um Auskunft, warum das Stadtraummanagement an der Diskussion zum Perlengraben nicht eingebunden worden sei.

Beigeordneter Streitberger stellt klar, dass alle Vorlagen, welche Eingriffe in die Gestaltung der Innenstadt verursachen, vom Stadtraummanagement mitgezeichnet würden. Allerdings könnten diese nicht ausschließlich aus stadtgestalterischen und ästhetischen Aspekten urteilen, sondern müssten auch andere Belange, wie beispielsweise eine Barrierefreiheit, berücksichtigen.

## **5 Allgemeine Vorlagen**

### **5.1 Standards für die Planungskultur in Köln 1518/2007/2**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.

**5.2 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 GO, § 19 Absatz 1 HS  
Beschluss über die zukünftige Nutzung der Platzfläche östlich des Höhenberger Rings in Köln-Höhenberg  
Arbeitstitel: Höhenberger Ring in Köln-Höhenberg  
0269/2011**

Vorsitzender Klipper schlägt eine Beschlussfassung analog der Bezirksvertretung Kalk vor. Dennoch betone er, dass er es für wichtig erachte, den Grünbereich in den Vordergrund zu stellen.

**Ergänzter Beschluss:** *(analog der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Kalk)*

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, dem Votum des Gestaltungsbeirates vom 29.11.2010 folgend, die städtische Platzfläche östlich des Höhenberger Rings freiraumplanerisch zu qualifizieren und als Eingangsbereich zum Naherholungsgebiet Merheimer Heide zu entwickeln. Die damit verbundenen Kosten werden auf Grundlage der weiteren Planung bestimmt.

**Bei der weiteren Planung sind die Belange der anliegenden Sporteinrichtungen, die teilweise diese Fläche bei Großveranstaltungen als Parkplatz mitgenutzt haben, zu prüfen und ggf. bei Planungsalternativen zu berücksichtigen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**5.3 Neugestaltung der Berliner Straße in Köln-Mülheim zur Geschäftsstraße im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Mülheim 2020  
0809/2011**

RM Moritz erinnert einleitend an die geführten Diskussionen im Verkehrsausschuss, in denen Befürchtungen geäußert worden seien, die geplanten Einengungen würden bei den Busverkehren zu Verspätungen oder sonstigen Störungen führen. Dabei gebe es im Stadtgebiet genügend Erfahrungen mit solchen Situationen. In der Tat verlangsamten solche Maßnahmen den Verkehr. Der motorisierte Verkehr habe im Falle der Berliner Straße jedoch die Möglichkeit, auf die Markgrafenstraße auszuweichen. Die vorliegende Planung finde sie begrüßenswert, da sie zu einer erheblichen Aufwertung der Berliner Straße beitrage. Hiervon profitierten nicht ausschließlich die Anwohner, sondern sie sei davon überzeugt, dass dadurch auch die Ansiedlung des Einzelhandels gefördert werde. Die Einrichtung eines Provisoriums lehne sie entschieden ab, weil Erfahrungen gezeigt hätten, dass diese oftmals über einen viel zu langen Zeitraum bestehen blieben.

Vorsitzender Klipper begrüßt die Beschlussfassung im Verkehrsausschuss. Die Busbewegungen in dem Bereich seien erheblich und er möchte dies erst auf mögliche Auswirkungen untersucht wissen. Er schlägt vor, den Zeitraum für das Provisorium auf beispielsweise ein halbes Jahr zu begrenzen.

RM Zimmermann schließt sich dem Vorschlag des Vorsitzenden Klipper an, eine zeitliche Begrenzung festzusetzen, weil auch er die Befürchtungen von Frau Moritz teile. Ferner bittet er die Verwaltung um Prüfung in Bezug auf die Verkehrsführung am Clevischen Ring. Schon heute gebe es zahlreiche Fahrzeugführer die dort verbotenerweise links in Richtung Leverkusen abbiegen, was insbesondere für Fußgänger zu lebensbedrohlichen Situationen führe. Er fürchte, dass bei Wegnahme der jetzigen Bundesstraße, nämlich der Berliner Straße, sich dieses verbotswidrige Verhalten noch vervielfältige.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, den Beschlussvorschlag aus dem Verkehrsausschuss zur Abstimmung zu stellen mit der Einschränkung, die Dauer des Provisoriums auf ein halbes Jahr zu beschränken:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Verkehrsausschuss wie folgt zu beschließen:

**Geänderter Beschluss:** *(analog der Fassung im Verkehrsausschuss mit Ergänzung)*

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf Basis des vorgelegten Vorentwurfes (Anlage 1)

**- jedoch mit der Maßgabe, dass die geplanten Einengungen im Bereich des Marktplatzes und vor der MütZe zunächst nur provisorisch für längstens ein halbes Jahr angelegt werden, um die Erfahrungen abzuwarten -**

die Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen und auf Grundlage der sich daraus ergebenden Ergebnisse die Entwurfs- und Ausführungsplanung zu erarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**5.4 Beschluss über die frühzeitige intensive Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) zur zukünftigen Entwicklung der Nutzungen auf den Grundstücksflächen des ehemaligen Historischen Archivs entlang der Severinstraße in Köln-Altstadt/Süd  
1127/2011**

RM Sterck fragt an inwiefern eine Beteiligung der Ratsfraktionen vorgesehen sei und ob es bereits Termine für die Workshops gebe.

Beigeordneter Streitberger antwortet, die Workshops seien für den 15. und 16. Juli terminiert. Der Kreis der Einzuladenden sei noch zu bestimmen; selbstverständlich gehörten hierzu auch die Vertreter der Fraktionen.

RM Moritz fragt nach, ob hierbei lediglich die stadtpolitischen Sprecher der Ratsfraktionen gemeint seien oder auch die Bezirksvertreter. Ferner möchte sie wissen in welcher Funktion diese agieren sollen; ob als Zuhörer oder als aktiv Beteiligte. Solche Verfahrensregeln sollten im Vorfeld kommuniziert werden.

Beigeordneter Streitberger führt aus, anders als bei Anliegerversammlungen sei bei einem Workshop eine aktive Beteiligung der politischen Gremien in jedem Fall er-

wünscht. Auch gehe er davon aus, dass Mitglieder der betroffenen Bezirksvertretung zu diesen Workshops eingeladen werden.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**5.5 Programm Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd  
Beauftragung der Weiterplanung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011  
1267/2011**

RM Moritz begrüßt grundsätzlich die Vorlage und das Projekt. Allerdings fände sie es für den WDR durchaus zumutbar, Fußgänger deren Bereich passieren zu lassen. Den Eingriff in den öffentlichen Raum, der nunmehr bereits über 10 Jahre andauere, könne sie nicht länger akzeptieren.

SE Dr. Soénus kritisiert, dass die anderen dort ansässigen beiden Unternehmen in das Verfahren nicht eingebunden worden seien. Bisher sei kein Versuch unternommen worden, eine einvernehmliche Lösung mit ihnen zu erzielen. Dieses Verhalten betrachte er für sehr befremdlich.

Beigeordneter Streitberger räumt ein, nicht genau über den aktuellen Sachstand zu dieser Problematik informiert zu sein und sagt eine Aussage zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün zu.

RM Dr. Müller berichtet aus der vorangegangenen Beratung im Ausschuss für Umwelt und Grün. Demnach würden laut Auskunft des Herrn Dr. Bauer (Amt für Landschaftspflege und Grün) Gespräche mit den betroffenen Unternehmen geführt. Allerdings setze Einvernehmen voraus, dass von beiden Seiten Kompromissbereitschaft bestehe.

Vorsitzender Klipper stellt den Beschlussvorschlag im Ausschuss für Umwelt und Grün, angepasst an die Zuständigkeit des Stadtentwicklungsausschusses, zur Abstimmung:

*Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün und dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:*

**Ergänzter Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün genehmigt den Vorentwurf für den Rheinboulevard Mülheim-Süd und beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage die Weiterplanung zu beauftragen.

**Der Ausschuss für Umwelt und Grün und der Stadtentwicklungsausschuss würden es begrüßen, wenn auch das Gelände bis 500 m südlich des hier an-**

**gestellten Raumes mitbeplant wird, um dort Lösungsvorschläge zu machen, die eine logische Anbindung an den Rheinpark ermöglichen.**

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Planungshonorar in Höhe von 93.900,00 Euro im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9-5570 (Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd), Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **5.6 Mülheim 2020; Grünzug Charlier Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung im Haushaltsjahr 2011 und Planungsauftrag 1545/2011**

Vorsitzender Klipper äußert sein Unverständnis darüber, dass die Altlasten erst jetzt festgestellt worden seien.

*Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss und dem Ausschuss Umwelt und Grün, folgenden Beschluss zu fassen:*

**Beschluss:**

1. Der Finanzausschuss beschließt für die Vergabe der Planung die Freigabe von investiver Auszahlungsermächtigung in Höhe von 12.500,00 EUR im Teilfinanzplan 0902 –(Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9-5400 (Grünzug Mülheim Charlier), Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011. Die Ermächtigung stand im Haushaltsjahr 2010 zur Verfügung und wird in das Haushaltsjahr 2011 übertragen.
2. Der Ausschuss Umwelt und Grün beschließt die Verwaltung zu beauftragen, einen erneuten Planungsauftrag für die Leistungsphasen 2-3 der HOAI in Höhe von 12.500,00 € für die Gestaltungsmaßnahme Grünzug Charlier zu vergeben.

Der dem Bewilligungsbescheid zugrunde liegende Entwurf mit den Leistungsphasen 1-3 kann in dieser Form nicht weiter verfolgt werden. Im Zuge der Entwicklung des Gesamtgeländes sind Verpflichtungen zum Erhalt von unterirdischen Bauteilen erkennbar geworden. Auf Basis des dem Bewilligungsbescheid zugrunde liegenden Entwurfes besteht die Absicht das gleiche Büro Club L 94 mit der erneuten, den Gegebenheiten anzupassenden Planung für die Leistungsphasen 2 und 3 zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**5.7 Plangenehmigungsverfahren gem. § 18 b Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) i.V.m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau Werkstatt und Behandlungsanlage für die S-Bahn Köln" in Köln-Bilderstöckchen 1550/2011**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum Antrag der DB Regio NRW GmbH.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen**

**6.1 Bürgerstr. 2/Alter Markt 31-33 ("Rotes Haus"), Köln-Altstadt-Nord 0277/2011**

Vorsitzender Klipper schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen und das für kommenden Freitag angesetzte Gespräch als Diskussionsforum zu nutzen.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum zur Entscheidung in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**6.2 Entwicklungsplan Äußerer Kölner Grüngürtel 1035/2011**

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage mit der Ergänzung aus der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Porz zur Abstimmung:

*Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:*

(analog der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Porz)

**Ergänzter Beschluss:**

Der Rat unterstützt die Erstellung eines Entwicklungsplans "Äußerer Kölner Grüngürtel" und beschließt den Entwicklungsplan von der Kölner Grün Stiftung, die die Ausarbeitung in Auftrag gibt und finanziert, nach Fertigstellung unentgeltlich anzunehmen.

Der Entwicklungsplan "Äußerer Kölner Grüngürtel" soll als grundsätzliche Handlungsempfehlung und strategische Zielausrichtung für die zukünftige Entwicklung und Unterhaltung des Äußeren Grüngürtels gelten. Über die Realisierung und Finanzierung einzelner Maßnahmen aus dem Entwicklungsplan "Äußerer Kölner Grüngürtel" werden nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans Einzelentscheidungen im Finanzausschuss mit Vorberatung im Fachausschuss getroffen.

Die Finanzierung des Moderationsverfahrens – mit Kosten in Höhe von voraussichtlich 80.000,-- Euro – erfolgt aus den im Rahmen des Bürgerhaushalts für den Erhalt des Grüngürtels im Themenkomplex „Pflege/Sanierung“ zur Verfügung gestellten Mitteln.

**Es wird darum gebeten, bei der Fortführung der Planungen auch die Bezüge des rechtsrheinischen Kölner Grüngürtels auf die Porzer Grünzüge zu berücksichtigen, um eine Biotopvernetzung erreichen zu können.**

**Insbesondere sollen betrachtet werden**

- **die Verbindung des Grünzugs Westhovener Aue entlang der A4 bis zum Gremberger Wäldchen und weitergehend bis zur Merheimer Heide und der Iddelsfelder Hardt**
- **eine Verbesserung und ökologische Aufwertung der Verbindung von Poll zum Gremberger Wäldchen**
- **eine großräumige Vernetzung vom Äußeren Grüngürtel zu den Porzer Grünzügen Zündorf-Wahn und Eil-Leidenhausen-Königsforst-Wahner Heide**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **6.3 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-Buchforst 1364/2011**

RM Moritz begrüßt die Vorlage; allerdings halte sie die Wegeföhrung für die Fußgänger um den Kreisverkehr herum für wirklichkeitsfremd. Fußgänger seien „umwegempfindliche“ Verkehrsteilnehmer. Nun werde versucht an Stellen, die möglicherweise als unerwünschte Abkürzung genutzt werden könnten, Fahrradständer und/oder Papierkörbe anzubringen. Dies werde querende Fußgänger aber nicht abhalten; im Gegenteil, die Gefahrensituation erhöhe sich hierdurch noch. Daher mache sie die Anregung, die Möblierung mit Fahrradständern, etc., nicht genau an den Einmündungen der Überwege zu platzieren.

*Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:*

**Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Waldecker Straße auf Basis der vorgelegten Ausführungsplanung (Anlage 1) nach Sicherstellung der Finanzierung umzugestalten.

Gleichzeitig erkennt der Rat den Bedarf für den Umbau der Waldecker Straße an und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Mülheim und der Stadtentwicklungsausschuss uneingeschränkt zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**7 Änderungen des Flächennutzungsplanes**

- 7.1 179. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes**  
**Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Nippes**  
**hier: Offenlagebeschluss**  
**1532/2011**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss und in die Bezirksvertretung Nippes.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**

*Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.*

**9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**

- 9.1 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord**  
**Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes**  
**0363/2011**

RM Moritz geht auf die Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Innenstadt ein. Demnach solle die Verwaltung prüfen, ob die Werkstätten in den Bahnbögen untergebracht werden können. Einen solchen Vorschlag betrachte sie jedoch für unsinnig und die Verwaltung solle nicht mit unnötigen Prüfaufträgen beauftragt werden. Sie spreche sich daher für die Verwaltungsvorlage aus.

Vorsitzender Klipper stellt Einvernehmen fest und lässt über die Verwaltungsvorlage abstimmen:

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich "Bildungslandschaft Altstadt-Nord" in Köln-Altstadt/Nord einen Bebauungsplan-Entwurf unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 23.09.2010 gemäß den Anlagen 3 - 8 auszuarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.**

- 9.2 Städtebauliches Planungskonzept Arbeitstitel: "Schanzenstraße Nord" in Köln-Mülheim  
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Entscheidung über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 71489/04 0883/2011**

RM Sterck bittet die Verwaltung, der Beschwerde des Bürgers nachzugehen der behauptete, unter der angegebenen Telefonnummer sei niemand erreichbar gewesen (Punkt 3.2 der Anlage 5).

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich "Schanzenstraße Nord" in Köln-Mülheim den Bebauungsplan-Entwurf 71 489/04 unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 30.08.2010 bis 04.09.2010 (Modell 1, Aushang) gemäß der Anlagen 4 bis 6 auszuarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 63466/02  
Arbeitstitel: Leyendeckerstraße/Christianstraße in Köln-Ehrenfeld 2980/2010**

Die Vorlage hat sich durch die Beschlussfassung zu TOP 3.1 erledigt.

**10.2 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Arbeitstitel: Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück**  
**5459/2010**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt die Ergebnisse eines für das zwischen dem Erholungsgebiet "Höhenfelder See" im Norden, der "Heidesiedlung/Heidekarre" im Osten und der Siedlung am Schilfweg im Südwesten in Köln-Dellbrück gelegenen Gebietes (Anlage 1) durchgeführten kompakten Gutachterverfahrens (Anlagen 2 - 8) sowie die Überarbeitung des ersten Ranges (Anlage 10) zur Kenntnis;
2. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) –Arbeitstitel: Hyazinthenweg in Köln-Dellbrück– einzuleiten mit dem Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohnungsbau und einer Kindertagesstätte zu schaffen;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB auf der Grundlage des überarbeiteten Entwurfskonzeptes nach Modell 2 (Versammlung);
4. beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes 74509/03 mit dem Arbeitstitel "Dellbrücker Steinweg in Köln-Dellbrück".

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.3 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)**  
**Arbeitstitel: Christuskirche/Herwarthstraße in Köln-Neustadt/Nord**  
**0790/2011**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Flurstücke 1396/85 und Teile des städtischen Flurstückes 1534/85 (alle Gemarkung Köln, Flur 28) in Köln-Neustadt/Nord —Arbeitstitel: Christuskirche/Herwarthstraße in Köln-Neustadt/Nord— einzuleiten mit dem Ziel, insbesondere Art und Maß des Vorhabens festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt
3. auf die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 13a Absatz 3 Nummer 2 in Verbindung mit § 3 Absatz 1 BauGB zu verzichten, da das Vorhaben bereits mehrfach der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.4 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 64457/02  
Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld  
0819/2011**

Vorsitzender Klipper äußert seine generellen Bedenken gegen eine achtgeschossige Bebauung plus Technikaufbauten.

RM Moritz zeigt sich verwundert über das Antwortschreiben der GAG zum Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld, in welchem gebeten wurde, auf den Flachdächern Photovoltaik-Anlagen anzubringen. Schließlich gebe es kaum eine vergleichbare Technik über die schon so große Erfahrungen bestünden. Selbstverständlich werde sie dem Wunsch der Bezirksvertretung nachkommen, diesbezüglich auf den Vorhabensträger einzuwirken. Sie halte es aber für entbehrlich, dies bereits heute für die Offenlage zu beschließen.

Herr von Wolff (stellv. Leiter Stadtplanungsamt) erläutert den Inhalt des Briefes der GAG, da dieser offensichtlich nicht allen Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses bekannt sei.

Vorsitzender Klipper stellt die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Aufstellungsbeschluss vom 27.11.2008 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 64457/02 um das Gebiet zwischen Grüner Weg und Melatengürtel (Flurstücke 389, 461 und 486 in Flur 72 der Gemarkung Ehrenfeld) —Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld— zu erweitern;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 64457/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet südlich der Grundstücke Grüner Weg 2 und 4, östlich der Flurstücke 294 (Vulkangelände), 290, 289, 2349/58 und 2421/58, nördlich der Weinsbergstraße, nordwestlich des Flurstücks 447 (Baumarkt), nordwestlich der Grundstücke Melatengürtel 117 – 121, westlich des Melatengürtels und südlich der Flurstücke 1985/51, 51/10 und 379 in Flur 72 der Gemarkung Ehrenfeld nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.5 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 7538/04**  
**Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Urbach" in Köln-Porz-Urbach**  
**0994/2011**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.**

Anmerkung: Über einen Wiedervorlageverzicht wurde nicht abgestimmt.

**10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Arbeitstitel: Neurather Weg in Köln-Mülheim**  
**1417/2011**

RM Moritz begrüßt es grundsätzlich, Roncalli Erweiterungsflächen zur Verfügung zu stellen. Sie stelle jedoch stark in Frage, ob tatsächlich auch die Kleingärten hierfür in Anspruch genommen werden müssen. Auch die vorliegenden Planungskonzepte seien nicht überzeugend. Die Erweiterungsbauten seien weder flächensparend noch modern angeordnet. Ferner sei ihr zugetragen worden, entlang der Böschung befände sich ein „Kaltluftfinger“. Sollte dies zutreffen, so müssten hier größere Abstandsflächen eingehalten werden.

RM Sterck kritisiert die von der Verwaltung vorgelegten Planunterlagen. Der Bestand des Zirkus Roncalli sei auf allen drei Anlagen anders verzeichnet.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) erläutert, eine Umweltprüfung werde selbstverständlich noch durchgeführt. Sollte sich dabei herausstellen, dass sich in dem Plangebiet tatsächlich eine Kaltluftschneise befinde, werde sich die Bebauung entsprechend anpassen müssen. Derzeit handele es sich lediglich um eine Zielvorstellung des Vorhabenträgers. Den Wunsch, die Kleingartenanlage zu erhalten, werde sie gerne aufnehmen. Sie wisse aber, dass sich die Besitzer in vorherigen Gesprächen nicht abgeneigt gezeigt hätten, ihre Gärten zu veräußern. Abschließend zeigt sie anhand der Powerpoint-Präsentation den aktuellen Bestand von Roncalli.

RM Moritz beharrt auf ihre Aussage, die Planung müsse flächensparender erfolgen. Dies sei ohne weitere Prüfung im Laufe des Verfahrens bereits jetzt klar erkennbar. Ihrer Ansicht nach sollte die Verwaltung das Vorhaben in der vorliegenden Form sofort ablehnen, bzw. den Vorhabenträger auffordern, eine andere, flächensparende Planung zu erarbeiten.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss mit den vorgebrachten Anmerkungen zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit Anmerkungen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.7 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung  
Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven  
1435/2011**

SE Frenzel macht darauf aufmerksam, dass sowohl bei dieser Vorlage als auch bei der zu TOP 10.10 die Grenzen des Flächennutzungsplanes, welcher jeweils in die Offenlage gehen sollte, widersprüchlich dargestellt seien. Die Bebauungsgrenze sei, anders als im Flächennutzungsplan dargestellt, im nördlichen Bereich näher zur Siedlung hin gelagert. Ähnliches gelte bei dem Vorhaben zu TOP 10.10. Auch hier gehe die vorgesehene Bebauung über den Flächennutzungsplan hinaus. Ferner müssten wegen der räumlichen Nähe die Vorhaben zu TOP 10.7 und TOP 10.10 im Zusammenhang gesehen werden. Beide Bauvorhaben verwirklichten insgesamt rund 200 Wohneinheiten. Demnach müssten gemäß Ratsbeschluss zum preiswerten Wohnungsbau 30 % öffentlich geförderter Wohnungsbau vorgesehen werden. Auch sollten die Vorhabenträger veranlasst werden, sich an den Planungs- und Erschließungskosten zu beteiligen sowie die Errichtung einer Kindertagesstätte vorzusehen.

RM Moritz kritisiert ebenfalls die fehlerhaften Planunterlagen, denn die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses müssten sich auf deren Richtigkeit verlassen können. Auch bedauere sie, dass zwei Vorlagen eingereicht werden, welche in einem deutlichen Kontext zueinander stünden, hier aber getrennt behandelt werden sollen. Schließlich würde bei gemeinsamer Betrachtung ein städtebaulicher Wettbewerb verlangt. Die vorliegende Planung sei ihres Erachtens völlig anspruchslos und enttäuschend. Insbesondere weil hier ein Großteil der Ortschaft arrondiert werde, hätte sie sich ein fantasievolles Planungskonzept gewünscht und erwartet.

RM Sterck schließt sich der Kritik seiner Vorrednerin an. Es sei nicht nachvollziehbar, warum bei ähnlichen Vorhaben stringenteren Vorgaben aufgestellt würden als hier. Er schlägt deshalb vor, für beide Vorhaben einen Wettbewerb sowie eine Bürgerversammlung vorzugeben.

Herr von Wolff (stellv. Amtsleiter Stadtplanungsamt) sagt zu, die Abgrenzungen der jeweiligen Flächennutzungspläne zur nächsten Sitzung vorzulegen und entschuldigt sich dafür, dass heute offensichtlich falsche Planunterlagen vorgelegt worden seien. Die Forderung, für die Plangebiete preiswerten Wohnungsbau vorzugeben, werde er gerne an die Vorhabenträger weitergeben. Ferner hätten diese die Planungs- und Erschließungskosten zu tragen. Inwieweit dies auch für die Errichtung eines Spielplatzes oder einer Kindertagesstätte gelte, müsse anhand der erforderlichen Infrastruktur noch näher ermittelt werden. Für das Plangebiet „Sinnersdorfer Straße“ sei wegen der recht geringen Größe bislang kein Wettbewerb vorgesehen worden. Hier gebe es seines Erachtens kaum Planungsspielräume ohne über die Grenzen des Flächennutzungsplanes hinaus zu gehen.

Beigeordneter Streitberger schlägt vor, falls gewünscht, einen gemeinsamen Wettbewerb für die Baugebiete zu TOP 10.7 und 10.10 vorzugeben, weil zwei getrennte Wettbewerbe keinen Sinn machten. Wegen der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse werde dies sicherlich schwierig, aber er werde gerne in diesem Sinne in Verhandlung mit den Vorhabenträgern treten. Die Botschaft an die Bauträger müsse lauten, dass sie anderenfalls keine Genehmigung erhalten.

RM Noack spricht sich dafür aus, einen Bebauungsplan für das gesamte Gebiet, also auch für die dazwischen liegenden tiefen Grundstücke, aufzustellen.

Beigeordneter Streitberger erwidert, ob ein oder zwei Bebauungspläne aufgestellt würden, sei in der Sache unerheblich. Wichtig sei nur, dass sie miteinander kompatibel seien.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss mit der Auflage, für das Plangebiet „Sinersdorfer Straße“ und „Straberger Weg“ in Köln Roggendorf/Thenhoven einen gemeinsamen Wettbewerb durchzuführen zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit der Auflage, dass die Vorhabenträger für die Plangebiete „Sinersdorfer Straße“ (Session-Nr. 1435/2011) und „Straberger Weg“ (Session-Nr. 1548/2011) in Köln-Roggendorf/Thenhoven einen gemeinsamen Wettbewerb durchzuführen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.8 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler  
1502/2011**

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Griesberger Straße, Frohnhofstraße, Weilerstraße und Chorbuschstraße in Köln-Esch/Auweiler —Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler— aufzustellen mit dem Ziel, ein "Allgemeines Wohngebiet (WA)" und ein Dorfgebiet (MD) sowie zu erhaltende Bäume festzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.9 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 66457/07  
Arbeitstitel: Goebenstraße in Köln-Neustadt/Nord  
1503/2011**

Auf Nachfrage von Frau Moritz bestätigt Beigeordneter Streitberger, dass alle Baugenehmigungen erteilt worden seien und seines Wissens nach die Bautätigkeiten bereits aufgenommen wurden.

Vorsitzender Klipper äußert die Bitte, dass bei Rücklauf der Vorlage die Verwaltung das bisherige Verfahren ausführlich darstelle.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.10 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes  
Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven  
1548/2011**

Die Diskussion zu diesem Projekt erfolgte zu TOP 10.7.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit der Auflage, dass die Vorhabenträger für die Plangebiete „Sinersdorfer Straße“ (Session-Nr. 1435/2011) und „Straberger Weg“ (Session-Nr. 1548/2011) in Köln-Roggendorf/Thenhoven einen gemeinsamen Wettbewerb durchführen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**10.11 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)  
Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord  
1383/2011**

RM Sterck fragt an, in welcher Form die Mitwirkung der Bezirksvertretung in der Jury vorgesehen sei.

Beigeordneter Streitberger antwortet, die Verwaltung beabsichtige, die Fraktionen in der Bezirksvertretung zu bitten, ihre Jurymitglieder zu benennen. Auf Nachfrage bestätigt er, dass eine Beteiligung des Stadtentwicklungsausschusses bislang nicht vorge-

sehen sei. Sollte dies anders gewünscht sein, so möge ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Er bittet jedoch darum, die Anzahl der Jurymitglieder zu begrenzen.

RM Sterck schlägt vor, die Zuständigkeit für die Besetzung der Mitglieder beim Stadtentwicklungsausschuss anzusiedeln. Jede Fraktion könne dann selbst entscheiden, wie sie das intern regelt.

Vorsitzender Klipper hält die Mitwirkung des Stadtentwicklungsausschusses an einem so bedeutenden Projekt ebenfalls für angezeigt.

RM Moritz warnt davor, das Verfahren im jetzigen Stadium noch zu ändern. Das würde kein gutes Signal an die Bezirksvertretung Innenstadt aussenden. Sie nehme diese Diskussion jedoch zum Anlass die Verwaltung zu bitten, dass diese die Entscheidung, welche Mitglieder und Stellvertreter benannt werden, künftig den Ratsfraktionen überlasse.

Vorsitzender Klipper stellt den Beschluss mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Flurstücke 575 und ein Teilbereich des städtischen Flurstücks 583, der Flur 21 der Gemarkung Köln in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord– einzuleiten mit dem Ziel, insbesondere Art und Maß des Vorhabens festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach Modell 1 (Auslegung der Planung im Bürgeramt Innenstadt).

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Änderungen zustimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

## **11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**

### **11.1 Aufhebung der Einleitungsbeschlüsse zu den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwürfen**

- Arbeitstitel: 1. "Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg;  
2. "Kindertagesstätte Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg**

**0995/2011**

Vorsitzender Klipper begrüßt außerordentlich, dass das Projekt nicht zustande kommt und somit einer Fehlentwicklung entgegen gewirkt werde.

**Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufhebung der Einleitungsbeschlüsse zu den vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwürfen –Arbeitstitel: 1. "Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg; 2. "Kindertagesstätte Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg– für das Grundstück Rondorfer Straße 5.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**11.2 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 57577/02  
- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -  
Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven  
1363/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

1. über die zu der Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 57577/02 für das Gebiet nördlich von Schloß Arff, östlich und südlich der Grenze zur Stadt Dormagen sowie westlich der Schloß-Arff-Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. die Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 57577/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.**

**12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 im ergänzenden Verfahren  
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord  
5327/2010**

RM Sterck bittet noch einmal darum, die Formulierungen sorgsamer zu wählen. So sei auch in dieser Vorlage oftmals von einem „Verstoß gegen das Höhenkonzept“ die Rede, obwohl dies nicht richtig sei, weil die Überschreitung der Höhen über einen Bebauungsplan legitimiert sei.

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 für das Gebiet zwischen Christophstraße, Gereonskloster, Gereonshof, Spiesergasse, Im Klapperhof, Hildeboldplatz und Von-Werth-Straße in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord– abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 66455/06 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 66455/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;
4. die Teilaufhebung des unterliegenden Bebauungsplanes 6644 Na 1/04 (66457/04) für das Gebiet zwischen Christophstraße, Gereonskloster, Gereonstraße und Von-Werth-Straße in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Christophstraße/Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord– nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 GO NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung;
5. den Bebauungsplan 66455/06 und die Teilaufhebung des unterliegenden Bebauungsplanes 6644 Na 1/04 (66457/04) jeweils rückwirkend nach § 214 Absatz 5 BauGB zum 28.04.2010 in Kraft zu setzen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

**14 Aufhebung von Bebauungsplänen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

**15 Sonstige Satzungen**

**15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf**  
**Arbeitstitel: Gewerbegebiet Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf, 3. Änderung**  
**4557/2010**

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ossendorf –Arbeitstitel: Gewerbegebiet Von-Hünefeld-Straße in Köln-Ossendorf, 3. Änderung – für das Gebiet nördlich der Hugo-Eckener-Straße, östlich der Von-Hünefeld-Straße, südwestlich Mathias-Brüggen-Straße bis zur nördlichen Grenze des Grundstücks Mathias-Brüggen-Straße 88 - 106, östliche Grenzen der Grundstücke Mathias-Brüggen-Straße 88 - 106 bis zur östlichen Grenze des Grundstücks Hugo-Eckener-Straße 14 (Eichamt) und östlich der Mathias-Brüggen-Straße bis zur Militärringstraße, südlich der Militärringstraße bis zur östlichen Grenze des Grundstücks Richard-Byrd-Straße 43, südwestlich der Richard-Byrd-Straße, nordwestlich der Von-Hünefeld-Straße bis zur Mathias-Brüggen-Straße in Köln-Ossendorf in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.**

**15.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchheim**  
**Arbeitstitel: "Zentrum Buchheim" in Köln-Buchheim**  
**1313/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchheim –Arbeitstitel: "Zentrum Buchheim" in Köln-Buchheim– für den Bereich betreffend die Grundstücke beiderseits der Frankfurter Straße von der Bahnunterführung bis zur Stadtbahnlinie 3 sowie die Grundstücke beiderseits der Alte Wipperfürther Straße von Frankfurter Straße bis Malteserstraße und die Grundstücke auf der östlichen Seite der Alte Wipperfürther Straße bis zur Herler Straße, einschließlich die Grundstücke Herler Straße 32, 34, 45, 47 und Kniprodestraße 2 in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.**

**15.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch**  
**Arbeitstitel: Gewerbegebiet Pesch, 2. Änderung**  
**1331/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Chorweiler ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch –Arbeitstitel: Gewerbegebiet Pesch, 2. Änderung– für das Gewerbegebiet Pesch westlich der Autobahnanschlussstelle Köln-Chorweiler der A 57, nördlich des Chorweiler Zubringers, östlich der Donatusstraße, östlich und nördlich der Straße Im Gewerbegebiet Pesch sowie östlich der Donatusstraße/Escher Straße in Köln-Pesch in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.**

**15.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rath/Heumar**  
**Arbeitstitel: Rösrather Straße und Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar**  
**1552/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rath/Heumar –Arbeitstitel: Rösrather Straße und Eiler Straße in Köln-Rath/Heumar– für das Gebiet auf der Nordseite der Rösrather Straße zwischen Haus Nummer 547 bis einschließlich Nummer 581 und der Südseite der Rösrather Straße zwischen Haus Nummer 566 und Eiler Straße Nummer 147 unter Einbeziehung der Westseite der Eiler Straße zwischen Haus Nummern 147 und 141 in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.**

**16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

**17 Mitteilungen**

- 17.1 Eingabe für die Optimierung der Zuwegung für Fußgänger zur Philharmonie**  
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 01.03.2011, TOP 3.3  
0529/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 17.2 Optimierung und Anpassung des Marktplatzes an der Berliner Straße in Köln-Mülheim im Rahmen des "Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020"**  
0904/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 17.3 Bebauung am Breslauer Platz**  
**Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der DB AG - Erarbeitung von Alternativen**  
1155/2011

Vorsitzender Klipper plädiert aufgrund der Bedeutsamkeit des Breslauer Platzes für die ursprüngliche, wenn auch teurere Variante. An dieser Stelle halte er dies für gerechtfertigt.

RM Moritz bittet um Darstellung, wohin die Leitungen verlegt werden sollen.

Beigeordneter Streitberger erläutert, dies könne er erst nach Abschluss der Untersuchungen beantworten. Selbst die DB habe keine Unterlagen, wo ihre Leitungen verlegt seien.

- 17.4 Berichtigung des Flächennutzungsplanes (FNP) als Sammelanpassung für alle FNP-abweichenden Bebauungspläne (seit 01.01.2007 gemäß § 13 a BauGB)**  
1335/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 17.5 Baugebiet Kriebelspfad in Köln-Worringen**  
hier: Klimaschutzsiedlung  
1360/2011

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.6 Städtebauliches Planungskonzept "Airport-Business-Park, 2. Änderung" in Köln-Porz-Gremberghoven  
hier: Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und weiteres Vorgehen  
1472/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.7 Umgestaltung des Breslauer Platzes  
hier: Beschluss aus der Sitzung des Finanzausschusses vom  
04.04.2011, TOP 7.9  
1553/2011**

SE Beste bittet um Auskunft, welche Maße die in der Mitteilung genannten Betonplatten haben.

Beigeordneter Streitberger sichert eine Antwort zur Sitzung des Finanzausschusses zu.

**17.8 Eisenbahn-Knoten Köln, Ausbau südlich Gummersbacher Straße im Bereich Deutz, Kalk, Humboldt/Gremberg, Vingst und Ostheim  
1635/2011**

Beigeordneter Streitberger erläutert ausführlich die in der Mitteilung enthaltenen Maßnahmen und deren Konsequenzen und beantwortet hierzu gestellte Nachfragen.

**17.9 Aktueller Stand des Ökokontos "Steinneuer Hof" in Köln-Meschenich  
1670/2011**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**18 Mündliche Anfragen**

**18.1. - Erlaubnis von Spielhallen**

SE Dr. Soénius fragt wiederholt nach, ob die Verwaltung zwischenzeitlich an einem Konzept arbeite Richtlinien aufzustellen, wo der Betrieb von Spielhallen erlaubt-, bzw. ausgeschlossen werden solle und ob sie ein diesbezügliches Handlungskonzept der Gemeinde Overath angefordert habe.

Beigeordneter Streitberger bejaht dies. Nicht nur bei der Gemeinde Overath, sondern auch in Großstädten habe er sich erkundigt. Die Verwaltung bereite ein entsprechendes Konzept vor. Wann genau er dieses dem Stadtentwicklungsausschuss vorstellen könne, sei derzeit aber leider noch nicht absehbar.

## **19 Gleichstellungsrelevante Themen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

Karl-Jürgen Klipper  
(Ausschussvorsitzender)

---

Marianne Michels  
(Schriftführerin)